

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljahrspreis: Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Ersch.-Büro).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/22.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 28.

Berlin, Sonnabend, 8. April 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbüros der deutschen Gewerksvereine im Jahre 1910. — Die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung. — Ein Vierteljahrhundert deutschen Arbeiterhandels. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbüros der Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1910.

„Vereinfachung der Arbeiterversicherung“ ist jahrzehntelang der Ruf der öffentlichen Meinung gewesen. Das Ergebnis langer Vorarbeiten war die Reichsversicherungsordnung. Wie allerdings bekannt ist, umfaßt dieses gesetzgeberische Werk mehr als 1700 Gesetzesparagrafen. Ist das eine Vereinfachung? Gewiß ist die Zahl der Paragrafen nicht allein dafür maßgebend, ob ein Gesetzwerk einfach und durchsichtig, oder unklar und schwierig zu handhaben ist. 500 Paragrafen in den alten Gesetzen sind undurchsichtiger als die 1700 im neuen Gesetz. Aber weder im einen noch im anderen Falle ist der im Arbeitsverhältnis stehende Arbeiter in der Lage, diese Gesetze kennen zu lernen, und im Falle der Inanspruchnahme der Gesetze sich selbst zu belehren. So beweist gerade die Reichsversicherungsordnung, daß von der Gesetzgebung der Zukunft eine Vereinfachung der Rechtsverhältnisse nicht zu erwarten ist. Jeder Versuch der Vereinfachung macht den ganzen Sachverhalt unfaßlicher und schwerer durchsichtig. Und das gilt für alle anderen Gesetze genau so. Weil dies in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen begründet liegt, deshalb müssen die Einrichtungen, die der Rechtsberatung für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten dienen, so sehr gepflegt werden, und aus eben denselben Gründe kommt es auch, daß die eingerichteten Arbeitersekretariate usw. ein fortwährendes Anwachsen ihrer Tätigkeit feststellen können. Die Entwicklung des Arbeitersekretariatswesens ist im ganzen noch nicht auf dem Höhepunkt angelangt. Weil aber noch immer neue Gesetze gemacht und Ausführungsbestimmungen erlassen werden, deshalb sind die Rechtschutzstellen von Tag zu Tag noch notwendiger.

Sicher wird in Deutschland auf dem Wege der gesetzgeberischen Reglementierung zu viel geleistet. Das ist nicht Schuld des Gesetzgebers, nicht Schuld der Regierung und des Reichstages, auch nicht Schuld des Volkes. Aber alle drei zusammen sind schuldig an der fortwährenden Ueberproduktion von Gesetzesparagrafen. All die Leute, die fortgesetzt über Bürokratismus schimpfen, verlangen sofort den Erlass eines neuen Gesetzes oder einer neuen Polizeiverordnung, erwarten die Einmischung dieser oder jener Behörde, wenn irgend etwas vorkommt, was ihnen unangenehm ist. Basiert irgendwo ein Eisenbahnunglück, so geht selbst in der radikalsten Presse ein gewaltiges Rollen darüber los, daß die Vorschriften nicht genügt hätte. Jedes Eisenbahn-, jedes Bergbau-, jedes Bau- usw. Unglück erzeugt neue Vorschriften. Erregung und Mitleid über schreckliche Ereignisse veranlassen schließlich in Paragrafen, bis ein neues Unglück kommt und neue Erregung wieder neue Paragrafen gebiert.

Man mißverstehe uns nicht! Es soll hier beileibe nicht gesagt werden, daß alle Vorschriften unnötig wären. Diefen Vorprung vor dem Lande der „Freiheit“ Amerika, wo es Vorschriften nicht gibt, wollen wir uns, soweit er berechtigt und notwendig ist, erhalten. Aber wir wenden uns gegen das Uebermaß von Vorschriften, wenden uns vor allem dagegen, daß Leute, die im ersten Sa-

den Bürokratismus bekämpfen, im zweiten oder dritten Tage verlangen, daß dieser Bürokratismus sich paare mit Feder und Tinte und neue Paragrafen erzeuge. Selbst wenn das unumgängliche Notwendige an Gesetzen und Ausführungsbestimmungen gemacht wird, werden die Arbeitersekretariate noch so viel Beschäftigung haben, daß man wohl berechtigt ist, auch einmal aus Arbeiterkreisen heraus vor dem Uebermaß des Reglementierens zu warnen.

Vor Jahresfrist hat ein Mann, der etwas davon versteht, der Geschäftsführer des Steigerverbandes Herr Werner in Essen, eine Studienreise nach England gemacht und in einem kleinen billigen leisenwertigen Werkchen seine Erfahrungen dargelegt. Das Resultat seiner Untersuchungen ist: „Wir erkranken in Paragrafen!“ Da Werner aus dem Bergbau stammt und in diesem praktisch gearbeitet hat, ist er als Arbeiter und Beamter wohl berechtigt, die deutsche Paragrafenkrankheit zu bekämpfen. Die Paragrafen dürfen das Selbstverantwortlichkeitsgefühl der Menschen nicht zerstören. Inwieweit sie dem Selbstverantwortlichkeitsgefühl Raum lassen, sind sie notwendig; wo sie es unterdrücken, wirken sie verhängnisvoll. Werner rühmt es am englischen Bergbau, daß Arbeiter und Unternehmer ohne Zwangsmaßnahmen es fertig gebracht haben, die Unfallziffer niedriger zu halten, als sie in Deutschland ist.

Man mag die Dinge betrachten, wie man will, immer kommt man zu der Schlußfolgerung, daß wir auf den weiteren Ausbau unserer Rechtschutz-einrichtungen Bedacht nehmen müssen. Die Erfolge, die wir bisher damit erzielt haben, zeigen, daß Mühe und Opfer nicht vergebens waren. Das sollte in erster Linie entscheidend sein. Auch das abgelaufene Jahr hat unseren Rechtschutz-einrichtungen neue Erklarung gebracht. Zwar hat sich ihre Zahl nicht wesentlich vermehrt. Es bestanden im Berichtsjahre 10 (im Vorjahre 10) Arbeitersekretariate, 31 (27) Rechtsauskunftsstellen und 17 (21) Auskunftsbüros; das macht zusammen 58 (58) Rechtschutz-einrichtungen. Die Arbeitersekretariate sind auf dem Stande des Vorjahres verblieben, die Rechtsauskunftsstellen haben sich um ein Geringses vermehrt, aber um eben soviel sind die Auskunftsbüros zurückgegangen. Wir haben stets die Auskunftsbüros als eine Noteneinrichtung betrachtet. Orte, die nicht in der Lage sind, ein Arbeitersekretariat oder eine Rechtsauskunftsstelle allein oder mit anderen Orten zu schaffen, sollten durch ein Auskunftsbüro den dringendsten Bedürfnissen genügen. Ein solches Auskunftsbüro ist aber völlig abhängig von einer geeigneten Persönlichkeit, die es führt. Wenn es an dem betreffenden Orte einen intelligenten Menschen gibt, der für die Sache Interesse hat und sich darum bemüht, vermag er etwas zu leisten. Verläßt dieser Mann den Ort oder ist er sonst gezwungen, die Arbeit abzugeben, so ist es in der Regel um die Leistungsfähigkeit der Rechtsauskunftsstelle geschehen. Da sich ein vollwertiger Ersatz nicht immer findet, so geht das Bureau noch einige Monate oder Jahre von den früheren Vorbeeren und ist dann eines Tages sanft entschlafen. Das ist der Grund, warum im Berichtsjahre vier Auskunftsbüros von der Bildfläche verschwunden sind. Als wir von ihnen Jahresberichte forderten, ergab sich, daß nichts mehr da war. Das betrifft die Auskunftsbüros in Eberfeld (alle dorthin gerichteten Sendungen kamen als unbestellbar zurück), das Auskunftsbüro in Görlitz, in Sagen, in Birna, in Roth a. Saund und in Sprottau. Bei richtiger Betrachtung beweist dieser ganze Vorgang die Notwendigkeit, durch Errichtung von Arbeitersekretariaten für vollkommene Einrichtungen zu sorgen.

Leider sind wir auch wieder nicht in den Besitz von Jahresberichten aller Auskunftsstellen gelangt. Es fehlen uns die Berichte von den Rechtsauskunftsstellen in Altena, der Solgarbeiter Breslau, von Elbing und Oberhausen. Außerdem fehlen aus den schon im Jahre 1908 erörterten Gründen Berichte von den Auskunftsstellen des Vereins der Deutschen Kaufleute. Deren Auskunftswesen ist von dem der übrigen Stellen so verschieden, daß eine gemeinsame Statistik darüber nicht geführt werden kann. Besonders von vielen Rechtsauskunftsstellen wurde geklagt über Mangel an Zeit. Die Leiter dieser Rechtsauskunftsstellen sind im Hauptamt Auktionsbeamte einzelner Gewerksvereine. Sie können die Auskunftstätigkeit nur nebenher betreiben, obwohl democh sehr hohe Anforderungen an sie gestellt werden. Wir verkennten natürlich nicht die Schwierigkeit der Lage dieser Rechtsauskunftsstellen. Aber eine Statistik müßte auf alle Fälle geführt werden, zum Teil schon deshalb, weil nur durch eine solche das Uebermaß der Arbeit nachgewiesen werden kann. Soffentlich können wir endlich im nächsten Jahre darüber berichten, daß alle Rechtschutzstellen uns ihre Berichte rechtzeitig übermittelt haben. Nachdem die Statistik vier Jahre lang besteht, müssen die Hindernisse der Einrichtungszeit überwunden sein. Von den Auskunftsbüros fehlen die Berichte von Eberfeld, Hamburg, Linden, Neuß und Striegau.

Der eigentliche Aufschwung unserer Rechtschutz-einrichtungen kommt zum Ausdruck in dem, was sie geleistet haben. Und da können wir seit Einrichtung unserer Statistik im Jahre 1907 von fortwährenden erheblichen Erfolgen berichten. Alle 58 Rechtschutz-einrichtungen zusammen erteilten im Berichtsjahre 1910 41 026 Auskünfte gegen 26 429 im Jahre vorher. Von diesen Auskünften entfallen auf die Arbeitersekretariate 22 225 (16 699), auf die Rechtsauskunftsstellen 17 225 (3661), auf die Auskunftsbüros 1576 (1069). Alle drei Arten von Rechtschutz-einrichtungen sind also am Vorwärtsschreiten beteiligt, und zwar am meisten die Rechtsauskunftsstellen. An dieser Steigerung sind vielfach nur einzelne Rechtsauskunftsstellen beteiligt. Es stieg z. B. Gleiwitz von 1618 auf 3223 und Rattowitz, das im Vorjahre in der Statistik nicht mehr berücksichtigt werden konnte, findet diesmal mit 2659 Auskünften Platz. Sicher können diese Zahlen noch höher sein, wenn noch genauer Buch geführt würde. Denn diese Steigerung der Auskunftsziffer ist nicht allein Folge einer Vermehrung der erteilten Auskünfte, sondern kommt zum Teil aus einer besseren statistischen Erfassung derselben.

(Fortsetzung folgt.)

Die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung.

III.

In dem dritten Abschnitt wird eine Uebersicht über die Kosten der Einrichtung und des Betriebes der von den einzelnen Versicherungsträgern errichteten oder in eigene Verwaltung genommenen Lungenheilstätten, Sanatorien, Genesungsheime und Krankenheiler gegeben. Darin sind alle wichtigen Angaben enthalten, insbesondere über die Zahl, Größe, Anschaffungs- und Einrichtungskosten, ferner über die Zahl der aufgenommenen Heillinge sowie des Anstaltspersonals, endlich auch über die Höhe der Betriebskosten und der Kosten der Naturalpflege.

Die Anzahl der eigenen Heilstätten wächst von Jahr zu Jahr. Es ist deshalb den Versicherungsträgern möglich, trotz der großen Steigerung der

Seilbehandlungsfälle, die Kranken in einer immer größer werdenden Anzahl in eigenen Seilanstalten behandeln zu lassen. Während im Jahre 1907 48 vom Sundert und im Jahre 1908 52 vom Sundert in eigenen Seilstätten behandelt wurden, stieg diese Zahl im Jahre 1909 bereits auf 57 vom Sundert aller ständig behandelten Personen.

Am Ende des Jahres 1909 betrafen 27 Versicherungsträger 71 eigene Seilstätten, davon waren 37 ausschließlich für Lungentuberkulose, 34 für andere Kranke bestimmt. Die letzteren setzten sich zusammen aus 25 Gesehungsheimen, 2 Seilstätten für Blutarmer und Nervoße, 1 Seilstätte für geschlechtsranke Männer, 1 Seilstätte für Rheumaliker, 4 Krankenhäuser und 1 Walderholungsstätte. Für den Bau sämtlicher Seilstätten sind von den Versicherungsträgern bisher nahezu 62 Mill. M. verausgabt worden. Davon entfallen auf die Kosten für den Grund und Boden — Bau-, Garten- und Ackerland, teilweise auch Waldbestand — fast 5 Millionen Mark, auf die Kosten für Errichtung sämtlicher Gebäude nahezu 51 Millionen Mark und auf die Kosten für die innere Einrichtung über 6 Millionen Mark. Der gesamte Grund und Boden umfaßt mehr als 1450 Hektar. Der Betrieb der Seilstätten erforderte im Jahre 1909 10 1/2 Mill. Mark, wovon 7,8 Mill. Mark auf die Lungenheilstätten und 2,7 Mill. Mark auf die Gesehungsheime usw. entfielen. In diesen Beträgen ist jedoch die Verzinsung des Anlagekapitals mitenthalten, und zwar 3 v. H. der gesamten Anschaffungskosten einschließlich der Baukosten und außerdem noch 1 v. H. der Baukosten allein.

Nach der Anzahl der Seilstätten stehen die Landes-Versicherungsanstalten Berlin und Hannover mit 8 bzw. 6 Seilstätten an der Spitze. Ihnen folgen die Versicherungsanstalten Württemberg und der Hansestädte mit je 5 Seilstätten, Rheinprovinz, Thüringen, Braunschweig und der Allgemeine Knappschaftsverein in Bochum mit je 4, Schlesien, Königreich Sachsen und Baden mit je 3, Brandenburg, Pommern, Oberfranken, Schwaben und Neuburg, Elsaß-Lothringen und die Pensionskasse für die Arbeiter der Preussisch-Schlesischen Eisenbahngemeinschaft mit je 2 Seilstätten. Nur je eine Seilstätte besitzen die Versicherungsanstalten Westpreußen, Posen, Sachsen-Anhalt, Pfalz, Oberpfalz und Regensburg, Großherzogtum Hessen, Oldenburg, die Norddeutsche Knappschafts-Pensionskasse, die Arbeiterpensionskasse der Königlich Sächsischen Staatsbahnen und die Arbeiterpensionskasse für die Badischen Staatsbahnen und Salinen.

In allen Seilstätten (abgesehen von 2 in der Einrichtung begriffenen und der Walderholungsstätte der Landes-Versicherungsanstalt Rheinprovinz, in der nur eine Tagesverpflegung stattfindet) standen Ende 1909 im ganzen 7294 Betten zur Aufnahme von Kranken zur Verfügung. Hier von entfielen auf die Lungenheilstätten 4423 Betten (3134 für Männer und 1289 für Frauen), und auf die Gesehungs- und Krankenhäuser usw. 2871 Betten (1754 für Männer und 1117 für Frauen). Die Landes-Versicherungsanstalt Berlin übertrifft auch mit der Zahl der vorhandenen 1229 Betten bei weitem alle übrigen Versicherungsträger. An zweiter Stelle steht in dieser Beziehung der Allgemeine Knappschaftsverein in Bochum mit 653 Betten. Diesem folgen die Versicherungsanstalten Rheinprovinz mit 551, Württemberg mit 550, Baden mit 543, Schlesien mit 517, Hansestädte mit 488, Hannover mit 401, Königreich Sachsen mit 284, Thüringen mit 266, Elsaß-Lothringen mit 232, Brandenburg mit 230 und die Pensionskasse für die Arbeiter der Preussisch-Schlesischen Eisenbahngemeinschaft mit 224 Betten. In den Grenzen von 100 bis 162 Betten bewegen sich die Versicherungsanstalten Pommern, Posen, Sachsen-Anhalt, Großherzogtum Hessen, Braunschweig und die Norddeutsche Knappschafts-Pensionskasse; diese Anstalten haben insgesamt 784 Betten. Die Bettenzahl in den Seilstätten der übrigen 8 Versicherungsträger hält sich zwischen 30 und 89; sie beträgt im ganzen 362.

Die Zahl der in den Seilstätten der Versicherungsträger im Jahre 1909 verpflegten Kranken betrug 43 478 (30 397 Männer und 13 081 Frauen). Hier von sind in Lungenheilstätten 22 734 Personen (16 593 Männer und 6141 Frauen), in sonstigen Seilstätten, Krankenhäusern usw. 20 744 Personen (13 804 Männer und 6940 Frauen) verpflegt worden. Gegen das Vorjahr, in dem 35 502 Personen Aufnahme gefunden hatten, sind 7976 Kranke mehr verpflegt worden.

Die auf das Jahr 1909 entfallenden Verpflegungstage betragen 2 196 691; davon entfallen auf die in Lungenheilstätten verpflegten Kranken 1 462 316 Tage und auf die übrigen Kranken 734 375 Tage. Die Gesamtkosten der Anstaltsverpflegung für den Kopf und Tag bewegten sich in den

Lungenheilstätten hauptsächlich zwischen 3 und 5 Mark, in den übrigen Anstalten usw. zwischen 2,5 und 4,5 Mark, während die Kosten der Naturalverpflegung in beiden Arten von Anstalten zumeist zwischen 1 Mark und 2,5 Mark betragen.

Zeit einigen Jahren werden Erhebungen auch darüber angestellt, ob und in welchem Umfange die Pflanzlinge in den Seilstätten der Versicherungsträger körperlich beschäftigt werden. Ein Arbeitszwang besteht in mäßigem Umfange nur in einzelnen Seilstätten von fünf Versicherungsträgern. Die Arbeit wird bei diesen ärztlich verordnet und gilt als Heilfaktor. Bei einer weiteren Versicherungsanstalt wird nur ein kleiner Teil der Tagespatienten einer Seilstätte — etwa 16 — beschäftigt. Die Arbeit wird auch hier vom Arzte verordnet und kontrolliert. In allen diesen Anstalten werden vorzugsweise Feld-, Wald-, Garten- und Hausarbeiten, in einzelnen Fällen auch Werkstattarbeiten verrichtet. Die Arbeitsdauer in den einzelnen Seilstätten ist verschieden. Im Höchstfalle beträgt sie 5/8 Stunde, im niedrigsten 1/8 bis 1 Stunde. Die Arbeitsdauer der Frauen ist durchschnittlich geringer als die der Männer. Eine geringe Vergütung — etwa 10 Wfg. die Stunde — für die von den Pflanzlingen geleistete Arbeit wird in zwei Fällen gezahlt. Zwei Versicherungsträger haben je einen Mann wegen Verweigerung der ärztlich verordneten Arbeit strafweise aus der Seilbehandlung entlassen.

In den Seilstätten von drei Versicherungsträgern sind die Pflanzlinge, soweit sie nicht durch ärztliche Anordnung hier von entbunden sind, zur Arbeit auf der Krankenstation (Reinigen und Aufräumen der Zimmer und Korridore, Zurechtmachen der Betten, Decken der Lische usw.) verpflichtet. Aber auch in den Seilstätten, wo kein Arbeitszwang besteht, beschäftigen sich die Pflanzlinge, meist ihrer Neigung entsprechend, teils mit Feld- und Gartenarbeiten, teils mit Werkstattarbeiten (Tischlerei, Schnitzerei, Knäupfarbeiten usw.) oder mit häuslichen Arbeiten. Im allgemeinen werden die Feld- und Gartenarbeiten sowie einzelne Berufsarbeiten von den Männern bevorzugt, während die Frauen sich mehr an den Hausarbeiten (Stiche und Wäschebearbeitung) beteiligen. Die durchschnittliche Arbeitszeit schwankt bei den Männern zwischen 1 bis 6 Stunden, bei den Frauen zwischen 1/2 bis 4 Stunden täglich. In den meisten Fällen werden diese freiwilligen Arbeitsleistungen mit etwa 10 Wfg. für die Stunde vergütet.

Es sind gewaltige Zahlen, mit denen bei der Seilbehandlung der Versicherungsanstalten gerechnet wird. Erfreulicherweise aber entspricht diesen Zahlen auch im allgemeinen der Segen, den die Seilbehandlung der arbeitenden Bevölkerung bringt. Von manchem Arbeiter ist dadurch eine dauernde Erwerbsfähigkeit abgewandt, mancher Familie der Ernährer erhalten worden. Um so mehr muß danach getrachtet werden, dieses Seilverfahren noch auszubauen und, wenn es sich als notwendig herausstellt, dafür noch größere Mittel aufzuwenden. Alle diesem Bestreben entgegenwirkenden Pläne, wie sie auch bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung in der Kommission aufgetaucht sind, müssen unbedingt beseitigt werden.

Ein Vierteljahrhundert deutschen Außenhandels.

Die Tatsache, daß Deutschland in den letzten Jahrzehnten ein gewaltiges Industrieland geworden ist, daß die Bevölkerung außerordentlich stark zugenommen hat und auch daß in den Volksmassen die Kulturbedürfnisse gestiegen sind, muß naturgemäß auch im Außenhandel Deutschlands in der Einfuhr und in der Ausfuhr zum Ausdruck kommen. Die Ausfuhr muß sich steigern, weil in der Exportindustrie immer mehr Menschen beschäftigt werden, die Einfuhr muß sich steigern, weil die vermehrte Bevölkerung mehr Nahrungsmittel, Rohprodukte und ausländische Fabrikate braucht. Und so sehen wir denn auch in den letzten 25 Jahren, nur von einzelnen Krisenperioden unterbrochen, ein fortwährendes Steigen der Ziffern des deutschen Außenhandels. Im Jahre 1886 stellte sich die Einfuhr im Gesamtbandel Deutschlands auf 3094,3 Millionen Mark und die Ausfuhr hatte einen Wert von 3193,5 Millionen Mark. Der gesamte Außenhandel stellte sich auf 6287,8 Mill. Mark. In einer leicht ansteigenden Linie erhöhten sich dann die Ausfuhr- und Einfuhrwerte bis zum Jahre 1890. In diesem Jahre stellte sich die Ausfuhr Deutschlands auf 3677,4 Millionen, die Einfuhr betrug 4518 Millionen, der gesamte Außenhandel stellte sich somit auf 8195,4 Millionen. Gegen das Jahr 1886 hatte der deutsche Außenhandel im allgemeinen um 30,75 Prozent zugenommen, bei der Einfuhr betrug die Erhöhung

der Wertziffer 46 Prozent, bei der Ausfuhr dagegen nur 15,15 Prozent. Die nächsten Jahre brachten dann eine Stagnation. Im Jahre 1891 hatte sich die Einfuhr noch um rund 50 Millionen erhöht, dagegen war in der Ausfuhr ein Rückgang von 138 Millionen zu verzeichnen. Einen weiteren Rückgang und zwar sowohl in der Ausfuhr als in der Einfuhr brachte das Jahr 1892. In diesem stellte sich der Gesamtbandel Deutschlands nach außen auf 7540,5 Millionen, das waren rund 650 Millionen weniger als im Jahre 1890. Eine kleine Erhöhung in den Wertziffern der Einfuhr und Ausfuhr brachte das Jahr 1893, allein schon das Jahr 1894 brachte einen neuen Rückgang, der Wert der Einfuhr stellte sich auf 4205 Millionen, der Wert der Ausfuhr dagegen war auf 3259,9 Mill. zurückgegangen, das sind 3 Millionen weniger als die Ausfuhr schon im Jahre 1887 ausgemacht hatte. Im Jahre 1895 setzte von neuem ein Aufschwung ein, der sich sowohl in der Ausfuhr, als auch in der Einfuhr geltend machte. In einer ununterbrochenen Linie ging diese Verbesserung in den Verhältnissen des Außenhandels bis zum Jahre 1900. In dem sechsjährigen Zeitraum von 1895 bis 1900 war der Wert der Einfuhr im deutschen Zollgebiet gestiegen von 4433 auf 6128 Millionen oder um 38,24 Prozent, der Wert der Ausfuhr hatte sich erhöht von 3662,2 auf 4960,2 Millionen oder um 35,44 Prozent, der gesamte Außenhandel war gestiegen von 8094,3 auf 11 088,9 Millionen. Durch den Rückgang, der im Jahre 1901 einsetzte, wurde der gesamte Außenhandel Deutschlands auf 10 471,1 Millionen herabgesetzt. Dabei stellte sich die Verminderung auf 401,6 Millionen bei der Einfuhr und auf 216,2 Millionen bei der Ausfuhr.

In den letzten Jahren ist aber wieder eine ganz wesentliche Verstärkung der Ziffern des Außenhandels eingetreten. Die Ziffern des deutschen Außenhandels sind dann weiter, mit einer Unterbrechung für das Jahr 1908, ständig gestiegen. Der gesamte Außenhandel stellte sich auf 10 618,6 Millionen 1902, auf 11 451,4 Millionen 1903, auf 12 174,1 Millionen 1904, auf 13 278,1 Millionen 1905, auf 14 380,9 Millionen 1906, auf 15 591,9 Millionen 1907, auf 14 062,6 Millionen 1908, auf 15 119,1 Millionen 1909 und auf 16 076,3 Millionen 1910. Der gesamte deutsche Außenhandel von 1901 bis 1910 ist gestiegen um 5605,2 Millionen oder um 53,5 Prozent, die Einfuhr während dieses Zeitraumes allein war gestiegen von 5710,3 Millionen auf 8609,2 Millionen oder um 50,9 Proz., die Ausfuhr von 4512,6 Millionen auf 7467,1 Millionen oder um 65,5 Prozent.

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands während des letzten Vierteljahrhunderts tritt besonders deutlich hervor bei einem Vergleich der Einfuhr- und Ausfuhrziffern für das Jahr 1886 und für das vergangene Jahr. In diesem Zeitraum stieg die Einfuhr von 3094,3 Millionen auf 8609,2 Millionen, um 5514,9 Millionen Mark oder um 178,23 Prozent, der Wert der Ausfuhr erhöhte sich von 3193,5 Millionen auf 7467,1 Millionen, um 4273,6 Millionen Mark oder um 133,82 Prozent. Der gesamte Außenhandel stieg von 6287,8 auf 16 076,3 Millionen, um 9788,5 Millionen Mark oder um 155,67 Prozent. Hinter diesem Tempo ist Großbritannien längst zurückgeblieben; nur die Vereinigten Staaten zeigen eine noch schnellere Entwicklung. Und das alles trotz der großen sozialen Kassen, die angeblich die deutsche Industrie konkurrenzunfähig machen!

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 7. April 1911.

Im eigenen Heim. Eine Sehnsucht, die viele Jahre lang die führenden Kollegen vom Verein der Deutschen Kaufleute erfüllt hat, die Sehnsucht nach der eigenen Scholle, ist gestillt worden. In Berlin, wo die Wiege des Vereins der Deutschen Kaufleute einst gestanden, hat er sich aus eigener Kraft ein Vereinshaus erworben, auf das er stolz sein darf. Kein Prunkbau zwar ist es, der in der Alten Jakobstraße 81 da geschaffen worden ist, keine Räume, darinnen die Pracht waltet, sondern eine Stätte der Arbeit. Was dem Verein der Deutschen Kaufleute not tat, das war nicht Glanz und Schimmer nach außen, das waren statt der Mietwohnung, mit der Unstetigkeit und Enge verknüpft sind, feste eigene Räume, die allen Anforderungen einer ausgebreiteten Verwaltung und allen Bedürfnissen einer großen Organisation entsprechen. Ein praktisches Geschäftshaus sollte geschaffen werden, und es ist geschaffen worden. Groß und lustig, berechnet für die Ausdehnung sind die Stätten für die einzelnen Abteilungen, würdig der Raum für die Beratungen und Tagungen ausgestattet, zusammen Zeugnis ablegend für das, was vereinte Kraft vermag. Die Mitglieder des Vereins im ganzen Reiche wird es mit freu-

bigem Stolze erfüllen, daß sie in den Besitz eines Hauses für die ganze Organisation gekommen sind.

Und nun Blick auf zur Arbeit im neuen Heim! Möge es eine Stätte werden des Fortschritts und des reichen Segens für alle, die sich Mitglieder nennen im Verein der Deutschen Kaufleute; möge es eine Stätte sein der Pflege für alle wirtschaftlichen und sittlichen Kulturgebanten, die in unserem Verein ihre Form finden und das Glied der Handlungsgesellschaften erringen helfen.

Mit diesem Wunsche schließt der Artikel, den die „Kaufmännische Rundschau“ dem eigenen Heim gewidmet hat. Aufrichtigen Herzens schließen wir uns diesen Wünschen an. Mögen die Beschlüsse, die im neuen Hause gefaßt werden, dazu beitragen, den Verein der Deutschen Kaufleute groß und stark zu machen und ihm die Stellung in der Handlungsgesellschaftenbewegung zu sichern, die ihm gemäß seiner Geschichte und seinen Einrichtungen gebührt! Möge aber auch stets der Gedanke obwalten, daß die Handlungsgesellschaftenbewegung nur ein Teil der Arbeiterbewegung ist und daß demgemäß der Verein der Deutschen Kaufleute noch seinen ganzen Grundanschauungen stets ein treues Glied des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften sein und bleiben muß.

Die Frauenforderungen zum preussischen Fortbildungsschulgesetz wurden in einer großen, auch von uns angeführten öffentlichen Versammlung, die am Dienstagabend vom Verband für handwerksmäßige und sachgewerbliche Ausbildung der Frau, vom Kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte und den Verbündeten Frauenvereinen von Groß-Berlin einberufen war, erörtert und formuliert. Das einleitende Hauptreferat hatte Professor Franke übernommen, der über die Bedeutung der Ausdehnung der Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahre sprach. Weitere Referate hatten Fräulein Elisabeth Rüdgers, Gerta Günther und Agnes Herrmann übernommen. Nach einer sehr lebhaften Debatte wurde die folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen:

„Die am 4. April 1911 im Architektenshaus zu Berlin zu einer gemeinsamen Ausdehnung des Verbandes für handwerksmäßige und sachgewerbliche Ausbildung der Frau, des Kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte und der Verbündeten Frauenvereine von Groß-Berlin versammelten Männer und Frauen erkennen die soziale Bedeutung des dem Abgeordnetenhaus vorliegenden Gesetzentwurfes betreffend Fortbildungsschulen voll an, bedauern aber um so mehr, daß die gesetzliche Verpflichtung der Gemeinden zur Einrichtung obligatorischer Fortbildungsschulen nur für die männliche Jugend Geltung haben soll. Da der Ausschluß der weiblichen und kaufmännisch tätigen weiblichen Jugend von dem Segen des Fortbildungsschulgesetzes eine materielle und geistige Benachteiligung der Frau gegenüber dem Manne und zugleich eine Schädigung der Volkswirtschaft und der nationalen Kultur bedeutet, so fordert die Versammlung die Ausdehnung des Fortbildungsschulgesetzes in demselben Umfang wie für die männliche auf die weiblichen und kaufmännisch tätigen weiblichen Jugend durch Landesgesetz. In Städten mit mehr als 50000 Einwohnern wäre die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes einzuführen, kleineren Gemeinden könnten Uebergangsstufen bewilligt werden. Die Versammlung fordert ferner, daß die Pflichtfortbildungsschulen für Mädchen in demselben Umfang wie die für die Knaben einen sachlichen Charakter tragen, und daß im Interesse einer gesunden Entwicklung des Fortbildungsschulwesens und zur Förderung von Handel und Gewerbe das preussische Fortbildungsschulgesetz auch weiterhin dem Handelsministerium unterstellt bleibt.“

Außerdem fand ein Zusatz Annahme, daß auch Frauen ins Kuratorium der Fortbildungsschule wählbar sein sollen und der Religionsunterricht für die Fortbildungsschule abgelehnt wird.

Arbeiterbewegung. Vom Kampfsplatz in Chemnitz sind neue Nachrichten nicht eingegangen. Die Unternehmer haben die Gelegenheit dem Gesamtverbande Deutscher Metallindustrie übertrugen, der aber noch nichts von sich hat hören lassen. Während die Arbeitgeber völlig einig sind und sich bemühen, ihre Reihen immer enger zu schließen, ist der Deutsche Metallarbeiterverband darauf bedacht, seinen Grobmachtsdünkel immer mehr hervorzuführen und die anderen Organisationen von Verhandlungen auszuschalten. Hoffentlich leiden die Interessen der Arbeiterschaft nicht allzuschwer darunter! — Bei einer Holzfirma in Memel haben die Arbeiter wegen Entlassung einiger Kollegen die Arbeit niedergelegt, worauf der Arbeitgeberverband den Beschluß faßte, eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen, falls bis zum Sonnabend die Arbeit bei der bestreikten Firma nicht wieder aufgenommen ist. Sollte die Aussperrung durchgeführt werden, so würden etwa 2000 Arbeiter davon betroffen. — In einer Lohnbewegung befinden sich die Formier und Siebereiarbeiter in Harburg a. E. Sie

sind bemüht, eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, aber ebenso fest entschlossen, falls die Unternehmer kein Entgegenkommen zeigen, die Arbeit einzustellen. Es sind vorläufig Verhandlungen im Gange, deren günstiger Verlauf hoffentlich nicht durch einige Scharfmacher gestört wird. — In der Maschinenfabrik und Eisengießerei G. m. b. H. vormals A. Rebnitz in Betschau sind die Arbeiter in den Ausstand getreten. — Die Damenschneider in Düsseldorf haben beschlossen die Arbeit niederzulegen, weil über den eingereichten Lohnstarif keine Einigung zustande kam. — Wegen Ablehnung einer geringen Lohnhöhung haben in Koblenz die Maler und Ausstreicher die Arbeit niedergelegt. — Etwa 200 Schuhmacher-Gesellen in Stuttgart sind in den Streik getreten, weil die Meister ihre Forderungen abgelehnt haben. Ein kleiner Teil der Arbeitgeber hat die Forderungen bewilligt. — In Stolp ist der Ausstand der Schneider beiegelegt worden, nachdem die Meister im großen und ganzen die Forderungen der Gesellen bewilligt haben. Die Arbeitszeit wurde von zwölf auf elf Stunden herabgesetzt, die Löhne um etwa 15 Prozent erhöht, Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden mit 25 Pfg., Nachtarbeit mit 30 Pfg. Aufschlag pro Stunde bezahlt. Zur Regelung von Streitigkeiten ist eine paritätische Schiedskommission eingesetzt worden. — Die Arbeiter der Schichauwerft in Danzig sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die gesamten Arbeiterverhältnisse bei Schichau sind erheblich schlechter, als in allen übrigen Werften. Die Forderungen der Arbeiter sind denjenigen angepaßt, die 1910 von den andern Werften bewilligt sind, und betreffen: 1. Verkürzung der Arbeitszeit; 2. Einstellungs- und Mindestverhältnisse; 3. Regelung der Affordarbeit; 4. Höherbezahlung der Leberarbeit; 5. Lohnzahlung am Freitag und Nebensforderungen. Beteiligt an der Bewegung sind die freien Gewerkschaften, unsere Gewerksvereine, die christlichen Gewerkschaften und die polnische Berufsvereinigung.

Der Ausstand in den Singer- und Nähmaschinenfabriken in Glasgow ist beendet, die Arbeit wieder aufgenommen worden. — In Dänemark haben die Unternehmer eine gewaltige Aussperrung vorgenommen, an der außer Bauhandwerkern und Holzarbeitern namentlich Elektricitätsarbeiter und Klempner beteiligt sind. — In den meisten französischen Gärten stehen die Dodarbeiter im Streik, der auf einen Aufruf des internationalen Dodarbeiter-Verbandes zum Generalstreik ausgebrochen ist.

Mit der Maifeier hat sich vor kurzem die Generalversammlung der Zahlstelle Berlin des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes beschäftigt. Von Begeisterung für den Weltfeiertag war in der Rede des Referenten Glode nicht viel zu verspüren. Er beklagte es, daß die Gewerkschaftskommission wohl Stellung genommen habe zu den Gelbsammlungen für den Maifeier-Unterstützungsfonds, nicht aber zu der Feier selbst. Die ganze Sammlung sei zwecklos, wenn es nicht auch eine Maifeier gäbe. Wenn die Beschlüsse der Gewerkschaftskommission zur Geltung kämen, dann würde die nächste Maifeier einen glänzenden Verlauf nehmen. Es sei ja bekannt, daß die Buchdrucker überhaupt nicht, die Maurer nicht allgemein und die Metallarbeiter nur in den kleinen Betrieben feiern. Eigentlich seien es nur die Holzarbeiter, welche die Feier allgemein durchführen.

In diesem Tone ging es noch eine ganze Weile weiter. Der Idealismus der „Genossen“ scheint danach nicht allzu groß zu sein. Dabei scheint „Glode“ Glode noch zu rosig gemalt zu haben; denn im vorigen Jahre wurden nach dem Bericht des „Vorwärts“ auf dem Verbandstage des Holzarbeiterverbandes recht wenig erbauliche Mitteilungen über die Maifeier gemacht. Das Vorstandsmittglied Weder erklärte:

„Es müßte einmal gesagt werden, daß die Kollegen im Lande von der Maifeier nichts mehr wissen wollen. Es könnten Fälle angeführt werden, wo die Freigabe des 1. Martiaristikal feiertag ist, die Kollegen doch arbeiteten. Dieses Jahr fiel der 1. Mai auf einen Sonntag, und selbst da wurde feiertaglich, daß Kollegen sogar an diesem Sonntag in die Fabriken gingen. Aus der Maifeier sei nicht mehr das zu machen, was einzelne glauben... Geiger-München glaubt, daß die Mittel, die für Maifeier-Maßregelungen ausgegeben werden, viel nützlicher angewendet werden können. Es erweckt den Anschein, daß man in Parteifreien bemüht sei, möglichst um die Maifeierfrage herumzukommen und sie den Gewerkschaften aufzuhalsen. Es sei

am besten, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen.“

Also auch die Holzarbeiter haben ihre Schwärmerie für die Maifeier aufgegeben. Da sollten die „Genossen“ mit ihrem Klambim doch endlich Schluck machen und die Maifeier mit einem Male abwirgen. Oder schämt man sich, auf ein Whantom zu verzichten, nachdem man dafür so schwere Opfer gebracht hat?

Eine Gegenrechnung. Wenn es gilt, den Organisationen der Arbeiter und ihren Führern ein auszuweichen, dann finden sich Krautjunker und Schlotjunker in brüderlicher Eintracht zusammen. Mit besonderer Vorliebe wird dann auf die angeblich so hohen Gehälter der Führer hingewiesen, die sich, wie der technische Ausdruck lautet, von den Arbeitergroßen mästen. Dabei wissen jene Leute ganz genau, daß die den Organisationsbeamten gewährten Gehälter sich durchaus in mäßigen Grenzen halten und oft niedriger sind als der Verdienst, den ein geschickter gelernter Arbeiter erreichen kann. Aber an der Spitze einer Organisation steht, der muß eben erfüllt sein von einem hohen Idealismus, der nach materiellen Vorteilen nichts fragt. Deshalb machen auch die Phrasen von den „gemästeten Arbeiterführern“ auf die Arbeiter selbst nicht den geringsten Eindruck. Aber gerade diejenigen, die damit am häufigsten freiben gehen, sind dazu am allermeisten berechtigt, was die Korrespondenz des Bauernbundes drastisch nachweist. Sie schreibt nämlich:

„Die Großagrarien hätten wirklich allen Anlaß, den Mund zu halten. Wir haben schon oft darauf hingewiesen, daß der höchstbezahlte Beamte des Deutschen Bauernbundes noch nicht den dritten Teil der 25000 Mark, die Herr Dr. Dertel von der „Deutschen Tageszeitung“ als Gehalt bekommt, seinerzeit bezieht. Der neue Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Oberpräsident v. Winterfeld, erhält nach Zeitungsnachrichten 23000 Mark. Der in den Ruhestand tretende Landesdirektor erhält sein gesamtes Gehalt von 18000 Mark weiter. Ganz toll aber stehen die Dinge in der agrarischen Spirituszentrale. Dort erhält der Reichstagsabgeordnete Kretsch 50000 Mark Gehalt, seine beiden Vordirektoren dürften kaum weniger erhalten. Das Agrarierium hat deshalb allen Anlaß, den Mund zu halten und uns nicht immer wieder zu veranlassen, darauf hinzuweisen, welche Gehälter es selbst zahlt.“

Schade, daß außerdem nicht auch angegeben wird, was die Herren Dr. Hahn und Dr. Koeslke, die „gewerksmäßigen Agitatoren“ des Bundes der Landwirte, für Gehälter beziehen. Wir sind überzeugt, daß deren Einnahmen sich sehr wohl neben Ministergehältern sehen lassen können, wenn sie nicht gar höher sind. Solche Leute haben doch wahrlich keinen Anlaß, sich über die Vergütung der Arbeitergroßen aufzuhalten, was sie, nebenbei gesagt, auch nur zu dem Zwecke tun, die Massen der Arbeiter gegen ihre Führer aufzuheben. Das gelingt ihnen zwar nicht, und deshalb könnte man darüber ruhig zur Tagesordnung übergehen. In dessen in bevorstehenden Wahlkämpfe können auch obige Daten eine gute Waffe sein.

Ein Freund des patriarchalischen Verhältnisses ist der Herr Generaldirektor Hilger von der Vereinigten Königs- und Laurabütte in Oberschlesien. Dafür legt nachstehender Brief ein beredtes Zeugnis ab:

Schloß Siemianowitz, den 12. 2. 11.
„Ein besonderer Fall veranlaßt mich, nochmals darauf hinzuweisen, daß jeder Vertreter mit den Arbeiter-Organisationen und deren Vertretern, angestellten Sekretären usw., auf das bestimmteste und in unzweideutiger Form abzukommen ist.
Erst kürzlich hat der Bezirksleiter der Gewerkschaft der Deutschen Maschinenbauer und Metallarbeiter (G. D.) den Versuch gemacht, Auskünfte von einem unserer Werke über Arbeits-Aussetzungstage mehrerer Arbeiter zu erhalten.
Derartige Versuche müssen selbstverständlich strikte zurückgewiesen werden.“
Der Generaldirektor (gez. Hilger).

Die Anerkennung der Arbeiterorganisationen ist also Herrn Hilger ein Greuel. Seine Anschauungen, die er darüber bereits in Sarabien befundet hat, haben sich nicht geändert. In Oberschlesien, wo leider die Organisation noch nicht weit genug vorgeschritten ist, darf sich Herr Hilger diesen Luxus zunächst noch leisten. Aber auch dort ist die Zeit nicht mehr allzufern, da man über derartige rückständige Anschauungen eines Grubengewaltigen einfach zur Tagesordnung übergeht.

An die Adresse der Druckfahrschneiderei richtet sich folgende Betrachtung in dem in Löbau erscheinenden „Sächsischen Postillon“:

„Druckfahrschneiderei sind Irztümer, die weder der Geber noch der Korrektor entbedt, sondern nur der Leser.

Während manche Völker für die Fehler der Regierung büßen müssen, muß für den Druckfehler seines Blatts, den er nicht gemacht hat, der Redakteur büßen, und zwar doppelt: erstens ärgert er sich selbst und dann ärgert ihn sieben gefeierte Leser. Druckfehler gehören zu den unvermeidlichen Eigenschaften jedes Druckerzeugnisses, das in fliegender Eile und Hast hergestellt werden muß: Sie verhalten sich wie Rost zum Eisen, wie die Feste zum Wein, nur mit dem Unterschiede, daß vor dem Druck noch niemand weiß, ob sie fehlen oder ob sie da sein werden. Mancher Satz wird überhaupt erst lesenswert durch einen Druckfehler. Der Redakteur freilich kann davon sagen: „Nur wer die Praxis kennt, weiß, was ich leide!“ Solange musiziert und gesungen wird, wird es falsche Töne, und solange geschrieben und gedruckt wird, wird es Druck- und Schreibfehler geben; es scheint ein alter Kalenderreim am besten darauf zu passen: „Gib, Leser, nicht so stark auf alle Fehler acht — Denn niemals ist ein Blatt und der, der es gemacht — Und der, der es gelesen, Von allen Fehlern frei gewesen.“

Wögen alle diejenigen, die es angeht, diese auf-treffenden Bemerkungen beherzigen!

Als eine Berufskrankheit der Bergleute muß das Augenlittern angesehen werden, ein Leiden, das in den Jahren 1908 und 1909 allein im Allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum 1163 Arbeiter invalide machte. Mehr als ein Fünftel aller Invaliden betragen in jenen Jahren die Kranken, die an Augensystemen litten. Der Grund zu dieser Krankheit wird bei der Erbschaft gelegt. Steht das Blut, oder ist es sehr niedrig, so muß der Arbeiter den Kopf gebeugt halten und beim Arbeiten stets nach oben blicken. Diese unnatürliche Stellung des Auges strengt die Augenmuskeln übermäßig an, die dadurch zitterig werden und den Augapfel nicht mehr festhalten können. Im Anfangsstadium wird die Krankheit oft nicht beachtet, bis die Drehbewegungen des Auges schließlich so stark werden, daß der Kranke nicht mehr klar erkennt und dadurch natürlich auch bei der an sich schon gefährlichen Arbeit noch mehr bedroht ist. Im Organ des Steigerverbandes, in dem auf diese eigenartige Berufskrankheit hingewiesen wird, werden die Grubenbeamten ermahnt, sowohl bei sich selbst als auch bei den Arbeitern auf die Anzeichen dieser Erkrankung zu achten. Abhilfe kann durch einen Wechsel in der Beschäftigung geschaffen werden. Den Arbeitern wird angeraten, sich lieber gleich im Anfang einige Wochen krank zu melden, um späterer Invalidität vorzubeugen, da Bewegung in frischer Luft, viel Schlaf und Vermeidung von Alkohol die besten Mittel sind, die Augenmuskeln wieder zu kräftigen und zu beruhigen.

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter veranstaltet auch im kommenden Sommerhalbjahr die sozialwissenschaftliche Abteilung der Wissenschaft der Kgl. techn. Hochschule zu Berlin. Diese Kurse unterscheiden sich von anderen Bildungsanstalten wesentlich dadurch, daß ihr Unterrichtsgebiet nicht den gewöhnlichen schulmäßigen Charakter aufweist, sondern einen mehr kameradschaftlichen Charakter

zwischen den unterrichtenden Studenten und den Lernenden anstrebt. Lehrgangsstunden sind elementare Fächer, vor allem Deutsch und Rechnen; aber auch Algebra, Geometrie und Zeichenübungen nehmen einen wichtigen Platz im Programm ein. Es wird im Unterricht zunächst das in der Schule erworbene Wissen aufgerichtet. Kurse für Fortgeschrittene, Ausflüge, Museumsführungen und Theaterbesuche geben Gelegenheit zu weiterer Ausbildung. Durch alle Veranstaltungen soll in gleicher Weise den praktischen Bedürfnissen des Lebens und der Erziehung des Geistes gebient werden. Das Lehrverfahren und die Einteilung der Kurse sind derartig, daß alle Hörer trotz ihrer verschiedenartigen Vorbildung und ihres verschiedenen Alters die Kurse erfolgreich besuchen können. Der Beginn ist auf Montag, den 1. Mai, abends 8 Uhr, in der Gemeindeschule III zu Charlottenburg, Schloßstraße 2, festgesetzt: Anmeldung und Auskunft dort am 27., 28. und 29. April, abends 8 bis 9 Uhr. Die Gebühren für jeden Kursus für das ganze Semester betragen 50 Pfg., für jeden Ausflug oder Museumsführung 10 Pfg. Das Zeichen- und Schreibmaterial kann am ersten Unterrichtsabend in der Schule zum Selbstkostenpreise entnommen werden. Weitere Auskünfte erteilt auch vor dem 27. April Herr cand. ing. Kleberg, W. 50, Bambergerstraße 7.

Die 439. Veranstaltung des Vereins für Volks- unterhaltungen — die letzte in dieser Saison — findet am Sonntag, den 9. April, nachmittags 4 Uhr im Blüthner-Saal, Köpenickerstraße 76, statt. Zur Aufführung gelangt „Die Johannes-Baßion“ von Joh. Seb. Bach für gemischten Chor, Soli, Orchester und Orgel, ausgeführt vom Hannoverschen Chor (Dirigent: Herr König). Musikdirektor S. Hannischmidt und vom Blüthner-Orchester. Billets à 50, 80 Pfg. und 1.—Mark (Sitzplätze) und 35 Pfg. Stehplatz einschließlich Garderobe und Zettel sind in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins zu haben. Dasselbst sind auch Textbücher à 10 Pfg. erhältlich.

Gewerkevereins-Teil

§ Berlin. Am 17. April, dem zweiten Osterfeiertage, mittags 12 Uhr, wird im Verbandsbureau, Greifswalderstraße 221/223, der Zentral-Arbeitsnachweis der Berliner Gewerkevereine eine Matinee veranstaltet. Zu dieser haben in dankenswerter Weise sowohl die Berliner Gewerkevereine-Verbandsrat als auch verschiedene künstlerische Persönlichkeiten ihre Mitwirkung zugesagt. Im Hinblick auf das gemächte Programm, das den Teilnehmern einige gemütsvolle, erheiternde Feststunden in Aussicht stellt, besonders aber des guten Zweckes halber sei diese Morgenunterhaltung auch wärmstens einem zahlreichen Besuche seitens der Verbandsangehörigen empfohlen.

§ Zantersch. Am letzten Sonntag, den 2. April, hielten die hiesigen vereinigten Gewerkevereine einen Familienabend ab. Der Hauptzweck der Veranstaltung war die Gründung einer Jugendabteilung. Erfreulicherweise war eine Anzahl junger Gewerkevereinereröhne unserer Ein-

ladung gefolgt, so daß die Gründung der Jugendabteilung so gut wie gesichert ist. Unser allwährender Redakteur Leo Frau hielt einen interessanten, mit allseitigem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Gründung und Entwicklung der Deutschen Gewerkevereine sowie über die Notwendigkeit der Organisation; er betonte, daß gerade die Jugendorganisationen dazu angetan sind, die Mitglieder derselben zu mütterlichen, überzeugten Gewerkevereinern zu erziehen. Der Rest des Abends wurde mit Klavier- und Zitherspielen, ausgeführt von Kollege Porer und Fräulein Arnold, ausgefüllt. Ebenso wurden von der Gesangsabteilung der hiesigen Gewerkevereine mehrere passende Lieder zum besten gegeben. Der Abend bot den Anwesenden, jung und alt an Belustigung und Unterhaltung recht vieles und genigte von einem rechten Familienleben und echtem Gewerkevereinsgeiste. Allen Mitwirkenden, nicht zu vergessen auch den tüchtigen Vorstehenden der Maschinenbauer als den Hauptveranstalter des Abends, unseren besten Dank. W. M.

Verbands-Teil

Versammlungen.

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerkevereine (G. V.). Des Osterfestes wegen fallen die nächsten Sitzungen aus. Erste Sitzung nach der Pause am Mittwoch, 26. April, abds. 8½ Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221/223. — Gewerkevereins-Verbandsrat (G. V.). Jeden Donnerstag abds. 9—11 Uhr, Leubuschstraße 1, Verbandsbureau, der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Wüste wüß.

Orts- und Bezirksverbände.

Brandenburg (Ortsverband). Am Sonnabend, den 8. April, abds. 8½ Uhr, Versammlung im „Elyseum“. — Cottbus (Distriktsrat). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstags im Monat bei Hanstein, Sandowstr. 42. — Duisburg (Distriktsrat). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abds. 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Jansen, Friedrich-Wilhelmstr. 12, Distriktsrat. — Düsseldorf (Verbandsrat). Jeden Montag, abds. 9—11 Uhr, Verbandsbureau, Kurfürststr. 29, Sitzung. — Elberfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Donnerstag im Monat, abds. 8½ Uhr, Vertreterabend bei Roggenkämpfer, Elberfeld, Luisenstr. und Erholungsgstr. 42. — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband, Vertreterabend, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal E. Simon, Alter Markt. — Hagen a. W. (Ortsverband). Jeden 3. Sonntag im Monat, abds. 8½ Uhr, Distriktsrat bei Lubowitz. — Halle a. S. (Ortsverband). Der Distriktsrat findet jed. Sonntag abds. 1. Monat, 1. Passagier-Kaffee, Hr. Braunsstr. 11, 11. in Ostmanns Hotel, Poststr., Distriktsrat. — Herford (Distriktsrat). Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Bander, Distriktsrat. — Leipzig (Gewerkevereins-Verbandsrat). Die Leubuschstr. haben jeden Mittwoch abds. 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Georgstr. 25, statt. Gäste und Stimmbegabte Mitglieder sind sehr willkommen. — Lettin (Sängerkor der Gewerkevereine). Die Leubuschstr. haben jed. Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Nebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — Regal (Distriktsrat für Regal, Forstwald und Reindendorf). Sitzung jeden Dienstag abds. 8 bis 10 Uhr bei Reiner, Berlinerstr. 88. Gäste willkommen. — Weiskensfeld a. E. (Ortsverband). Sitzung der Gewerkevereine, Leubuschstr. jeden Dienstag, abds. 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schillerstraße. Stimmbegabte Gewerkevereinskollegen sind sehr willkommen. — Weiskensfeld (Distriktsrat der Gewerkevereine). Jeden Mittwoch 9—11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

Anzeige-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Altenregister für Arbeitersekretariate,

in überhöflicher Weise eingerichtet zur Eintragung der angelegten Alten. Unentgeltlich für jedes Arbeitersekretariat und jede Rechtsanwaltskanzlei der Deutschen Gewerkevereine. Dauernder Ueberblick über den Verlauf der behandelten Fälle.

Nr. 1 für 100 Alten Preis 2,50 Mark

2 " " " " " " " " 6,00 "

Außerdem empfehlen wir wiederholt:

Eintragebücher für die Statistik

Form. D Nr. 1 für etwa 200 Auskünfte 0,60 Mk.

Form. D Nr. 2 " " " " " " " " 1,00 "

Form. D Nr. 3 " " " " " " " " 2,00 "

Formulare für Unfalls- und Invalidensachen.

Form. A für Verurteilungsschriften } 25 Stk. 0,75 Mk.

Form. B " Rekurs- bzw. Revisionschriften }

Personalienfragebogen.

Form. C. 50 Stk. 0,75 Mk., 100 Stk. 1,50 Mk.

Verfendung nur gegen Voreinbarung des Betrages an den Verbandsleiter Rudolf Klein, Berlin, Greifswalderstraße 221/223.

Elberfeld-Barmen (Ortsverband).

Durchreisende Kollegen finden Nachlogis im Verbandslokal bei Roggenkämpfer, Elberfeld, Erholungstraße 2. Dasselbst befindet sich auch die Rechtsanwaltskanzlei.

Freiburg i. Schl. (Ortsverband).

Durchreisende Kollegen erhält das Ortsverbandsgesicht bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgezahlt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Wilh. Dörger, Sandstraße 23.

Schmölln (Ortsverband).

Allen durchreisenden Gewerkevereinskollegen wird für Nachtquartier eine Unterstufung von 60 Pfg. gezahlt. Kartenausgabe bei E. Tragsdorf, Bachstraße 2.

Kattowitz (O.-Schl.).

Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgesicht beim Kassierer Kol. Gorg, Schillerstr. 11 par. (Mittags 12—1, abends nach 6 Uhr).

Verbandsbedarf, Fahnen, Abzeichen, Theaterdekorationen. Max. Liste 160 bestl. Wilhelm Humann, Düsseldorf, Fahrenstr.

Praktische KONTORMÖBEL eigener Fabrikation. Neuheit: Afrikanermöbel und Gesundheitspulte. Glogowski-Karlsruhe, Glogowski-Verl.-Karl-Registrierung Glogowski & Co. Katalog gratis u. franco. Filialen in 43 Städten.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3.—. Bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Postfachstellen, Bombardiergeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk. Ein Versuch führt zu dauernder Kundhaft. — 500 Probe gratis. — Nichtentwendbar, keine unentgeltlich zurück. Versand nicht unter 100 Stk. — 18 Pflzer, Berlin, C. Neue Schönhauser Straße 16. — Gegründet 1888.